

Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

Handels-Zeitung

und
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes
der Stadt Leipzig

108. Jahrgang

Bezugspreise: für Leipzig und Umkreis durch unsere Verkäuf-
er monatlich 1.25 M., vierteljährlich 3.75 M. Bei der Geschäftsstelle, unseren
Hilfen und Ausgabestellen abgeholt: monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M.
Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien
monatlich 1.30 M., vierteljährlich 4.20 M., einschließlich Postzuschlag.
Das Leipziger Tageblatt erscheint wochentags 2mal, Sonn- u. Feiertage 1mal.
In Leipzig, am Neuhof und den Orten mit eigenen Filialen wird
die Abendausgabe noch am Abend des Erscheinens ins Haus geliefert.
Erläuterung: In den Zeiten 17. Jänner-Postlauf: Moabit Nr. 407.

Anzeigenpreise: für Leipzig und Umkreis die
Spaltenbreite 10 M., die Restbreite 12 M., die Restbreite 1 M.,
von 10 bis 20 Spalten, 20 bis 30 Spalten, 30 bis 40 Spalten, 40 bis 50 Spalten, 50 bis 60 Spalten, 60 bis 70 Spalten, 70 bis 80 Spalten, 80 bis 90 Spalten, 90 bis 100 Spalten.
Anzeigen-Rahmen: 10 Spalten breit, bei 10 Spalten Filialen des Leipziger
Tageblattes und allen Anzeigen-Expeditoren des Jah- und Auslandes.
Geschäftsstelle für Berlin u. die Dr. Oranienburg. Direktion Walter Jäger.
Berlin W 15, Markgrafenstraße 2. Jänner-Postlauf: Moabit Nr. 407.

Nr. 214.

Mittwoch, den 29. April.

1914.

Das Wichtigste.

- * Die Erste Kammer erlebte am Dienstag verschiedene Eisenbahnangelegenheiten. (S. Ber.)
- * Die Zweite Kammer erlebte am Dienstag die letzten noch übrigen Kapitel aus dem Reichenschatzbericht, mehrere Etatkapitel und nahm schließlich den Antrag Claus auf Vermehrung der Sitz im Landesterritorium an. (S. Ber.)
- * Staatssekretär v. Jagow hat sich in der Subkommission des Reichstags über die auswärtige Lage ausgesprochen. (S. bei Art.)
- * Der Reichstag beschäftigte sich in seiner Sitzung am Dienstag mit Petitionen. Dabei kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Impffrage. (S. Art. u. Ber.)
- * Der preussische Kultusminister von Trott zu Solz gab im preussischen Abgeordnetenhaus eine Erklärung über den Kaiserbrief an die Landgräfin von Hessen ab. (S. Art. u. Ber.)
- * Den österreichisch-ungarischen Delegationen wurde ein Kotsch über die Balkanpolitik der Monarchie vorgelegt. (S. Polit. Uebersicht.)
- * In der Stadt Mexiko scheint sich ein Umsturz in der amerikanischen Stimmung der Bevölkerung vollziehen zu haben. (S. bei Art.)

Russische Stimmungen.

Berlin, 27. April.

Hier und da stößt man neuerdings in deutschen Blättern auf die Auffassung: Die nationale Bewegung gegen Deutschland geisterte heute begänne in Russland abzublasen. Dabei frägt man sich dann auf die eine oder andere russische Bestimmung, die weil sie der Bernunft nachgibt, erfreulich absteht von dem haßerfüllten Chor, der gemeinhin zu uns über die Grenze schallt. Aber Mahnungen zu Vernunft und Einsicht kann man gelegentlich auch sonst in Russland begegnen: man braucht nur die Debatten des russischen Reichstags zu verfolgen, wo — jenseit von den Mitgliedern deutsch-baltischer Abstammung — gar nicht selten mit einem ebenso stolzen wie ernsthaften Freimuth der herrschenden Meinung widersprochen wird. Nur daß das eben Ausnahmen sind; Stimmungen des Frechdigers in der Wüste, private Mittelungen, die uns gerade in der letzten Zeit durch Briefe und mehr noch von durchreisenden Freunden zugehen, zeichnen ein durchaus anderes Bild. Lehren, daß die russische Gesellschaft geradezu von einem Taumel erfüllt ist, daß die Armee mit finsterner Entschlossenheit rüste und — in diesen Blättern haben wir den Gedanken schon des öfteren ausgeführt — wie auf dem Holzwege wandeln, wenn wir die Herren Russen anpreisen: sie möchten doch gefälligst Vernunft annehmen und die Güte haben einzusehen, daß wir nichts von ihnen wollen. So wenig freuzien sich unsere Interessen, daß wir von Rechts wegen eigentlich Freunde sein müßten.

Es ist nicht ganz unwahrscheinlich, daß die chauvinistische Stimmung von den russischen Gewalthabern gefördert wird. Die Politik rücksichtsloser Unterdrückung, durch die Stolypin dem unglücklichen Lande die Ruhe wiedergegeben gedachte, beginnt ihre Früchte zu tragen. Alle aufmerksamen und nachdenklichen Beobachter bestätigen es uns aufs neue: Es ist eine dumpfe, schwele Stimmung, voll mühsam zurückgehaltener Grollen, die in mehr als einem Zug an die vor zehn Jahren erinnert. Polizei und Gerichte aber arbeiten noch eifriger als damals. Man urchenstaltet Hausdurchsuchungen ohne Unterlaß, man speert ein, man verhaftet, man läßt zwangsweise wohl auch den ober jenen besonders Mißliebigen lautlos verschwinden. Vieleicht bildet man sich tatsächlich ein, des unheimlichen Gährens am ehesten Herr werden zu können, wenn man die Unzufriedenheit ablenkt, ihr in dem Haß gegen den alten Landesfeind (das bleibt nun einmal, was wir auch singen und sagen, den Russen der Deutsche) ein neues Ziel gibt. Hand in Hand damit gehen die Kriegsvorbereitungen, sie sind uns ja nicht mehr unbekannt; das Wesentlichste davon ist vor dem Jahr den Mitgliedern der Subkommission von berufener Seite mitgeteilt worden. Aber auch dem militärisch ungebildeten Auge entgeht die unruhige Bewegung nicht, die die öffentlichen Gubernements durchzieht: Die militärischen Vorbereitungen haben eine Stärke erreicht, wie sie in jenen Grenzländern noch nie wahrgenommen wurden. Schließlich ist es auch kein Zufall, daß alle Truppenführer, all die Offiziere, die im japanischen Feldzug in irgendeinem Belang sich ausgezeichnet, in den Reichskommandierenden untergebracht wurden. Der dort kommandierende General v. Kneusselkamp aber — einer von der unerschütterlichen, leider nicht ganz seltenen Speigels von Vätern, die im russi-

schen Militärdienst das deutsche Gemeinschaftsgefühl verlieren, nebenbei mehr ein milos gloriosus und Tobelewtyp als ein ernsthafter Stratege — erklärt jedem, der es hören will: er sei „erzberitt“, und brenne darauf im Kampf diese Bereitschaft zu bewähren. Für das ihm unterstellte Korps glaubt er jede Garantie übernehmen zu können; die feste Cowan sei schließlich unannehmbar.

Rein, es ist leider gar nicht zu verkennen: In Russland irrt man mit einer nicht alltäglichen Leichtfertigkeit auf den Krieg hin. Diese Leichtfertigkeit findet ihre Stütze in dem Wahn, daß man sich in Russland unverwundbar hält. Es ist etwas von der Stimmung des Augenzeugers russischer Streitlosterbarmen: „So kann d'r nur g'schehen.“ Denn — so pflegt man in Russland zu antworten, wenn man die Aktionenstufen auf die Erfahrungen mit Japan hinweist, auf die Schulung und Disziplin der deutschen Truppen und sie beschreiben erinnert, daß zumal die Leistungen des Trains, weil sie von Eigenschaften, die dem russischen Volkscharakter so absonderlich nicht liegen, wie Korrektheit und Pünktlichkeit abhängen, möglicherweise nicht ausreichen könnten —: was wollen die Deutschen uns? Sie können eine Schlacht gewinnen, vielleicht auch die zweite und dritte. Dann ziehen wir uns zurück und überfallen ihnen den Weg zu gehen, den Napoleon gegangen ist. Der Weg ins Herz von Russland hinein, aber auch den Weg heraus.

Leider tun wir unser Möglichstes, dem russischen Heermut zu dieser gleichgültigen Höhe zu steigern. Wo Entschlossenheit vorhanden ist, versuchen wir's mit Nachgiebigkeit; wo allein eine sehr nachdrückliche Sprache zum Ziele führen könnte, flüster wir Beschwichtigungen. In Russland verfährt man uns, so eigene sichere Beobachtungen bestätigend, ist ganz allgemein die Ueberzeugung verbreitet, wir fürchten das Jarenreich. Anders vermögen die robuster gebauten Jaromaischen Herren sich unsere offizielle Bescheidenheit nicht zu erklären, anders nicht den Gleichmut, mit dem wir russische Forderungen hinhimmeln, die eifrige Bestehenheit, wie wir russischen Wünschen sofort nachkommen.

Es ist nicht angebracht gewesen, um des Herrn Poljakow willen den Köhler Polizeipräsidenten zu opfern und auch ohne wegen des Herrn Berliner gleich „Krieg anzufangen“, hätte es am Ende Mittel geben müssen, in Petersburg einen Druck auszuüben. Statt dem Frieden und der Versöhnung zu dienen, haben wir so nur den Appetit unserer russischen Nachbarn gesteigert. Auch der unheimliche Ausgang der türkischen Mission des Herrn Liman v. Sanders hat unser Ansehen erheblich geschädigt. Die ist inzwischen, wie wir vernehmen, vollständig fall gestellt und ausgefallen worden und die Russen, die sich eines so reiflichen Erfolges gar nicht einmal versehen, fragen sich nun: Warum, wenn es sich nicht schon fühlte, läßt Deutschland sich das alles gefallen?...

Nach der Osterpause.

Parlamentarische Stimmungen, 28. April.

Der Reichstag hat sich noch acht Tage Zeit gelassen, ehe er dem Abgeordnetenhaus folgte. Dafür geht er denn freilich gleich von Anfang an scharf ins Zeug. Es ist sonst nicht Sitte, daß am ersten Tage nach den Ferien schon die Kommissionen sitzen. Heute verlammele sie bereits früh um die zehnte Stunde die Budgetkommission, um das wichtigste Kapitel, das es von Rechts wegen für deutsche Männer geben sollte — das unruher auswärtigen Beziehungen — zu erörtern. Man wird mit Genugtuung feststellen dürfen, daß der referierende Herr Bassermann dem Ernst der Stunde durchaus gerecht wurde. Man mag ja in dem einen oder anderen Etid, in der oder jener Einzelheit anderer Auffassung sein — was verständig das gegenüber der Gewissenhaftigkeit, mit der Herr Bassermann diesen Dingen nachging! Leider kann man nicht sagen, daß sich die Aussprache dann auch hinterher noch auf der nämlichen Höhe hielt. Herr v. Jagow äußerte sich, ob er vertraulich sprach, ob ohne Schweigebot, in der üblichen offiziellen Art. Eine besondere Leistung bot aber jener Volksvertreter, der die deutsch-feindlichen Stimmungen in Russland, diese jüdischen angehammte Feindschaft, die aus unterirdischen Quellen, politischen, kulturellen, ethnischen, ihre Nahrung zieht — auf Verstimmungen wegen des allzu agrarischen Handelsvertrages zurückführt. Das gleicht ungefähr der Entdeckung Onkel Bräutigams, daß die Armut von der großen Fomertich herrührt.

Am Plenum ließ man sich heute an weniger beträchtlichen Dingen genügen. Im Grunde tritt man sogar um des Kaisers Part. Man unterbrecht sich nämlich über Petitionen von Impfgegnern, die zum Teil noch aus dem Jahre 1912 stammen. Dabei ergab sich das seltsame Schauspiel, daß die Redner der meisten Fraktionen sich als Impfsegner bekamen. Wer auch außerhalb der deutschen Reichsgrenzen in der Welt sich umhau, wird zu diesem Eisen den Kopf schütteln. Ueberall, in Italien, Russland, sogar im stammverwandten Oesterreich, kößt man auf Schritt und Tritt auf Podennarbige, nur in Deutschland selten. Es ist selbstverständlich nur die Annäherung eines medizinischen Laien: Aber sollte unsere Impfsimpfung wirklich schon so ganz ohne Schuld sein? Indes, man wird diesen Streit dennoch morgen fortsetzen, wie der Senierenkonvent denn überhaupt über die Verteilung der Geschäfte noch gar nicht beschlossen hat. Wohl trat er, entgegen der ursprüng-

lichen Ankündigung, schon heute am Spätnachmittag zusammen. Aber nur, um über die Beteiligung in einer für den Sonnabend projektierten Fahrt des neuen Sappadampfers „Waterland“ zu beraten. Ueber die Geschäftslinge will man erst morgen sich schlüssig werden. Ueber das Weisentliche freilich ist man schon heute sich einig: Der Reichstag ist in allen seinen Teilen müde, ihn länger noch als höchstens drei Wochen beisammen zu halten, ist keine Möglichkeit und kein Gedanke. Zweifelhaft ist eigentlich nur noch, wie die Regierung das Problem der über die Ferien ausgebehalten freien Eisenbahnfahrt zu lösen gedenkt. Denn immer mehr verdichtet sich die Meinung, daß sie schließlich, nicht vertagen wolle.

Derweil hatte das preussische Abgeordnetenhaus in gewisser Sinne einen großen Tag erlebt. Es zeigte sich, wie klug gekoren Herr von Campe gehandelt hatte, da er den gefürchteten Kaiserbrief zur Diskussion stellte. Denn nun mußte wohl oder übel das Zentrum sich doch zu einer Erklärung herbeilassen. Herr Dr. Forst wählte zu diesem Ende zwar die Form eines Angriffs auf die gegenwärtige Preffe, deren Hinterhältigkeit ein paar arme Zentrumschädeln zum Opfer gefallen wären, aber, was die Hauptfrage blieb, der Justiztar und Nachlasspfeiler des verstorbenen Kardinals Kopp räumte unumwunden ein, daß in jenem Brief nichts gestanden hätte, was unsere katholischen Volksgenossen zu kränken vermöchte, und er gab ferner zu, daß in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung über diese Dinge die laute Wahrheit zu lesen gewesen wäre. Diese Erklärung ward unter ein paar höflichen Betreibungen vom Kultusminister abgelehnt. Dann ließ man die Reihe der Parteirebner noch einmal reue polieren. Darauf ward die Generalaussprache geschlossen und das Ministergehalt bewilligt.

Staatssekretär von Jagow über die auswärtige Politik.

In der Dienstags-Sitzung der Subkommission des Reichstags — über deren Beginn wir bereits in der gestrigen Abendnummer berichtet — ergriff nach dem Abgeordneten Bassermann der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow das Wort. Er ging in längeren, zum Teil vertraulichen Ausführungen auf eine Reihe von Fragen der auswärtigen Politik ein. Halbsamlich wird darüber folgendes bekanntgegeben:

Die Dreimächte
arbeiten dauernd in voller Herzlichkeit und Intimität miteinander. In der Balkanfrage habe diese gemeinsame Arbeit sich durchaus bewährt. Ein Mittelmeerabkommen sei unter den Mächten des Dreibundes nicht abgeschlossen worden. Der Gegenstand einer Mitglieber der ungarischen Unabhängigkeitpartei gegen den Dreibund könne er kein Gewicht beilegen. Es sei gar kein Zweifel, daß ganz Ungarn wie Oesterreich sehr zum Dreibund stehen. Was die

deutsche Militärmission in der Türkei
anbetreffe, so habe die Mission in der Hauptstadt ihren Sitz erhalten sollen, weil sich dort die militärischen Stabsangehörigen befinden. Daraus habe sich dann die Ernennung des Generals v. Liman zum Kommandierenden General des ersten Armeekorps entwickelt, die übrigens nicht als dauernd gedacht gemeint sei. Von russischer Seite seien nicht gegen die Mission an sich, sondern nur gegen das Kommando des ersten Korps Einwendungen erhoben worden. Die Frage sei dann durch eine heftige Preßkampagne, in der sich besonders die „Nowoje Wremja“ hervorgetan habe, geregelt worden. Schließlich habe es nun dem eigenen Wunsch des Generals v. Liman entsprochen, aus der Position herauszutreten. Außer der Militärmission habe eine Anzahl anderer Vorfälle zur

Freibestimmung zwischen Deutschland und Russland
beitragen. Der bekannte Artikel der „Kölnischen Zeitung“, der keinerlei amtlichen Ursprung gehabt, er habe ihm durch u. u. In der Preße sei verbreitet worden, der russische Minister des Auswärtigen habe sich in der Duma-Kommission dahin geäußert, daß Deutschland zur Zeit der letzten Handelsvertragsverhandlungen in Russland in politische Schwierigkeiten verwickelt habe, um einen günstigen Handelsvertrag zu erzwingen. Der Minister habe dazuarbeitende Aussagen in Abrede gestellt und das Kommissionsprotokoll enthalte keine solchen Ausführungen. In Tallie Poljakow habe deutscherseits zwar keine Gleichgültigkeit, aber eine langsame Behandlung der Sache vorgelegen. Die deutsche Regierung habe der russischen ihr Bedauern ausgesprochen. Anders liege der Fall Berliner, auf den der Staatssekretär kurz einging. Ein Angriff unerbittlicher eines/balwirts zurückzuführen der Mission unerbittlicher Art sei in Breslau vorgekommen, wo ein russischer Untertan für einen Spion gehalten, um eine Legitimation erlucht, nach kurzer Zeit aber wieder entlassen worden sei. In der Frage des Postverkehrs nach Berlin habe ein deutscher Protest in Petersburg Erfolg gehabt. Hinsichtlich der bevorstehenden Einführung von Mehl- und Getreidezöllen in Russland habe der Handelsvertrag keine Handhabe zum Einspruch. Bei den finnischen Zöllen ließe sich vielleicht der Sinn, wenn auch kaum der Wortlaut des Vertrages geltend machen. Russland habe nach Prüfung der von Deutschland vorgebrachten Argumente erwidert, daß es sich zur Einführung der Zölle für berechtigt halte. Die Behauptungen, nach denen die russischen Behörden ein Verbot erlassen haben sollten, daß keine Lieferungen mehr nach Deutschland vergeben werden dürften, würden von der russischen Regierung bestimmt in Abrede gestellt.

Zusammenfassend erklärte der Staatssekretär, daß die russische wie die deutsche Regierung die allen freundschaftlichen Beziehungen aufrechterhalten wollen und daß zu hoffen ist, daß trotz einer nicht zu verkennenden

Unterstützung und der vorgekommenen Auseinandersetzungen in Deutschland und Preile das alte Verhältnis aufrechterhalten bleiben werde. Hinsichtlich Albanien

hoffe die deutsche Regierung, daß der Fürst seine Aufgabe mit Erfolg durchführen und daß Land und Volk prosperieren werden. Nach den Maßnahmen, die von der albanischen Regierung nach Uebergabe der Karte der Mächte eingeleitet seien, bestehe Aussicht, daß auch der Aufstand in Epirus bald abflauen werde. Zur Organisation des Landes werde der albanischen Regierung eine Kasse von 75 Millionen Francs garantiert werden. Ebenso übernehmen die Mächte die Garantie für eine Kasse von 50 Millionen Francs für Montenegro. Hier wie dort würden sich die Mächte eine Kontrolle über die produktive Verwendung des Geldes sichern. Dem Reichstag werde darüber nach Abschluß der Verhandlungen eine Beschlusse zugehen. Die Regelung der deutschen diplomatischen Vertretung in Albanien solle derart erfolgen, daß ein Generalkonsul zugleich als diplomatischer Agent ernannt werde.

Der Staatssekretär bemerkte dann, daß über die Kap-Kairo-Wage keine Verhandlungen mit England schwebten. Der deutsch-türkische Handelsvertrag werde in diesen Tagen um ein Jahr verlängert werden.

Die Veröffentlichung der vielerörterten Potsdamer Rede des Königs von Griechenland sei mit Zustimmung beider Souveräne erfolgt. Die Ansprache habe loblich militärischen Charakter gehabt und sei eine wertvolle Genugtuung nach den vielen Angriffen auf die deutsche Armee gewesen.

Die Erdörterung.
Ein Sozialdemokrat erklärte, er könne den Optimismus der Redner wegen des Dreibundes nicht teilen. Während des ganzen Balkankrieges sei der einzige wirkliche Erfolg der Dreimächte wohl nur die Erwerbung der kleinen Donaumünde durch Oesterreich gewesen. Die Militärmission sei ein vollkommen verheißenes Unternehmen, zumal bei den Ungläubigen die Absicht bestehe, politisch mögliche Offiziere durch die deutsche Militärmission beizugehen zu lassen.

Ein Fortschrittler widersprach dieser Anschauung. Nach der Ansicht aller bürgerlichen Parteien erordere das deutsche Interesse eine feste Türkei. Die österreichische Politik sei allerdings nicht einträglich gewesen, insbesondere nicht die Annexion Bosniens, die zum Ausgangspunkt vieler weiteren Schwierigkeiten geworden sei. Dagegen sei die Selbständigkeit der deutschen Politik in der rumänischen Frage nur zu begründen. Die Verschlechterung unserer russischen Beziehungen rühre zum guten Teil von den Vorbereitungen des neuen Handelsvertrages her. Zu wünschen sei eine größere Gleichheit der deutschen Regierung für den Abschluß von Schiedsgerichtsverträgen.

Ministerialdirektor Krieger erwiderte, die deutschen Regierungen seien durchaus nicht unwillig gegen solche Verträge. Im Gegenteil, sie hätten in einzelnen Fällen ein schiedsgerichtliches Streitverfahren selber gewünscht. Aber von allgemeinen Schiedsgerichtsverträgen sei nicht viel zu halten; sie könnten sogar leicht zur Entwidlung neuer Schwierigkeiten führen.

Ein Konjunkturkritiker bemerkte, man dürfe die Lage auf dem Balkan nicht optimistisch beurteilen. Nicht berechtigt war es, wenn die deutsche Politik die Mission des Bursareiter Friedens verhinberte. Eine feste Türkei liegt allerdings im Interesse Deutschlands. Die Militärmission wird uns wenig Ruhm und viel Schwierigkeiten bringen. Der aufsehenerregende Artikel der „Köln. Zeitung“ über die Beziehungen zu Russland legt den Wunsch nahe, daß die Regierung in ihren halboffiziösen Beziehungen zu einzelnen Blättern vorichtiger sein sollte. Allerdings sind die deutsch-feindlichen Untertöne in der russischen Preile sehr viel härter als die russeneindlichen in der deutschen. Die freundschaftlichen Beziehungen zu England haben bisher leider noch zu keinen positiven Ergebnissen geführt. Wie steht es insoberheit mit der Regelung der Schadenersatzansprüche von Deutschen aus dem Burenkrieg? Ministerialdirektor Krieger gab Aufschluß über einige Ersatzansprüche aus dem Burenkrieg. Ein Nationalallbieregal gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß das Auswärtige Amt der Legation entgegengetreten sei, daß das Deutsche Reich grundsätzlicher Gegner der Schiedsgerichtsverträge sei. Erwünscht wäre eine Mitteilung über den Stand der Verhandlungen betreffend die Londoner Seedeckelation und über den internationalen Freiliegungsgerichtshof.

Huertas Stern im Sinken.

Huerta verhielt sich in der letzten Zeit recht still, und das Entgegenkommen, das er den Fremden in Mexiko zuletzt zeigte, ließ auf eine Änderung seiner Meinung schließen. Diese scheint auch tatsächlich unter dem Druck der jüngsten Ereignisse vor sich gegangen zu sein. Nach den letzten Meldungen ist in der öffentlichen Meinung Mexikos ein Umlauf eingetreten. Die Haltung hat sich gelockert und die Gegner Huertas, die einem friedlichen Vergleich mit Amerika das Wort reden, scheinen die Oberhand zu erlangen: In diesem Falle wäre die Beteiligung Huertas nur eine Frage der Zeit, und die läuzerantischen Regierungen könnten auf einen Erfolg ihrer vermittelnden Tätigkeit rechnen. Im einzelnen verzeichnen wir folgende Meldungen:

Ein Stimmungsumschwung in der Stadt Mexiko.

Beracruz, 28. April. Nach Meldungen aus der Stadt Mexiko macht sich dort seit zwei Tagen eine freundlichere Haltung gegenüber den Ausländern bemerkbar. Dies wird teils darauf zurückgeführt, daß die Anhänger der Insurgenten bemüht sind, in der Stimmung des Publikums einen Wechsel herbeizuführen. Es werden Flugblätter in Umlauf gesetzt, in denen das Volk aufge-